

22. Transparenz und Interessenbindungen der Bildungsrätinnen und Bildungsräte

Parlamentarische Initiative Dieter Kläy (FDP, Winterthur), Rochus Burtscher (SVP, Dietikon), Urs Glättli (GLP, Winterthur), Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen) vom 25. August 2025

KR-Nr. 258/2025

Dieter Kläy (FDP, Winterthur): In den vergangenen Wochen, Monaten und Jahren haben wir als Kantonsrat bei verschiedenen Behörden für mehr Transparenz gesorgt, sei das bei den Gerichten, bei den Staatsanwaltschaften oder bei der Jugendanwaltschaft. Heute deklarieren diese alle wie auch die Kantonsrätinnen und Kantonsräte selbst ihre Interessenbindungen und ihre Tätigkeiten und sorgen damit im Rahmen ihrer Aufgaben und Zuständigkeit jederzeit für die gebotene Transparenz.

Beim Bildungsrat ist das noch nicht so. Neben ein paar allgemeinen Informationen finden sich auf der Webpage des Kantons ausser Sitzungsdaten und den Beschlüssen kaum sachdienliche Hinweise über die Tätigkeiten, über die Interessenbindungen der Mitglieder des Bildungsrates. Trotz ihrer demokratischen Wahl durch den Kantonsrat und trotz der weitreichenden Auswirkungen ihrer Beschlüsse auf breite Bevölkerungsschichten können die Bildungsrätinnen und Bildungsräte nicht einmal direkt kontaktiert werden, weil entsprechende Kontaktadressen fehlen und von der Bildungsdirektion notabene auch nicht herausgegeben werden; das ist mir selbst passiert.

Die vom Kantonsrat gewählten Mitglieder des Bildungsrates üben ihre Tätigkeit aber in der Regel nebenamtlich aus, und das Milizsystem kann dabei naturgemäss Interessenkonflikte schaffen, über die Behörden und Öffentlichkeit im Bild sein müssen. Das ist also wie bei uns, wie bei uns Kantonsrätinnen und Kantonsräten. Immerhin haben Bildungsrätinnen und Bildungsräte weitreichende Befugnisse. Wir sehen das heute an der Diskussion um die momentane Maturitätsreform, die jetzt dann beschlossen und irgendwann in eine Vernehmlassung gehen und dann aber definitiv durch den Bildungsrat beschlossen werden wird. Auch die Bildungsrätinnen und Bildungsräte sollen sich dem direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern stellen, deshalb fordert die parlamentarische Initiative die Auflistung der hauptberuflichen Nebenbeschäftigungen und der Hauptbeschäftigung, die Tätigkeit in Führungs- und Aufsichtsgremien kommunaler, kantonaler, schweizerischer und ausländischer Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des privaten und des öffentlichen Rechts, Tätigkeiten beispielsweise in Arbeitgeberorganisationen, Organisationen der Arbeit oder auch bei den Gewerkschaften und auf die Dauer angelegte Leitungs- und Beratungsfunktionen für Interessengruppen insbesondere bildungspolitischer Natur, die Mitwirkung in Kommissionen, Organen von Gemeinden, Kanton und Bund und auch die Mitgliedschaft in einer politischen Partei, wenn das der Fall sein sollte.

Wir danken, wenn Sie die parlamentarische Initiative vorläufig unterstützen.

Urs Glättli (GLP, Winterthur): Der Bildungsrat funktioniert im Schatten der Regierung. Zwar finden sich die Namen ihrer Mitglieder im Staatskalender, vergeblich sucht man jedoch weitere Angaben. So sind auch die Interessenbindungen ihrer Mitglieder nicht publik. Ebenso wenig findet sich eine Kontaktinformation, wie der Bildungsrat oder seine Mitglieder bei Bedarf kontaktiert werden können. Der Bedarf dafür ist jedoch ausgewiesen, stehen doch gerade, wie Dieter Kläy richtig erwähnt hat, wichtige Richtungsentscheide bei den Typenschwerpunkten der Mittelschulen an. Das alles ist intransparent und entspricht nicht mehr einer zeitgemässen Praxis. Heute gelten für jede Gemeindebehörde Offenlegungspflichten ihrer Interessenbindungen, wieso soll das auf Stufe Kanton anders sein? Man kann sich grundsätzlich noch etwas anderes fragen, wenn man an zeitgemässe Organisationsstrukturen denkt, es dürfte sich je länger, je mehr die Grundsatzfrage stellen: Braucht es den Zürcher Bildungsrat überhaupt noch? Oder würde man dessen Befugnisse nicht besser auf Direktion und Regierungsrat verteilen?

So weit sind wir jedoch noch nicht. Vorerst geht es darum, hier einer Behörde und ihren Mitgliedern etwas mehr Licht zukommen zu lassen, sie etwas transparenter zu gestalten und sie überhaupt einmal kontaktierbar zu machen. Mehr Transparenz tut hier also Not, nicht das erste und nicht das letzte Mal.

Die Grünliberale Fraktion unterstützt diese parlamentarische Initiative und hat sie darum auch mit eingereicht. Überweisen wir sie also vorläufig. Besten Dank.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Dieter Kläy und auch Urs Glättli haben inhaltlich alles sehr gut dargestellt, deshalb mache ich nur noch eine kurze Replik darauf: Der Bildungsrat spielt, wie gesagt, eine zentrale Rolle in der kantonalen Bildungspolitik und sollte, wie andere öffentliche Gremien, für Transparenz und Bürgernähe sorgen. In der NZZ habe ich den Bildungsrat als «Blackbox» bezeichnet, und ja, ich stehe dazu, dass das so ist. Eine Offenlegung der Interessenbindungen – Corporate Governance – und seiner politischen Basishaltung, also woher wer kommt, wäre sicher sehr sinnvoll, die Erreichbarkeit sowieso, und das würde zum Vertrauen des Parlaments zum Bildungsrat und umgekehrt sicher beitragen. Es wäre also wünschenswert, wenn auch der Bildungsrat seine Interessenbindungen offenlegt.

Wir unterstützen diese PI.

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil): Ich werde es sehr kurz machen und kurz erläutern, wieso wir die PI nicht unterstützen, aber selbstverständlich nur deshalb nicht, weil es in der vorliegenden Form und in der vollen Form so für uns nicht stimmt, und nicht, weil wir die Transparenz nicht stärken möchten. Wir wollen sicher nicht den Bildungsrat schwächen, geschweige denn kommt für uns, was wir schon ein bisschen angedeutet gehört haben, ein Abschaffen des Bildungsrates infrage. Aber was wir natürlich unterstützen könnten, wäre klar: Wir sind für Transparenz, wir erachten es als sinnvoll, wenn auch die Interessenbindungen von Bildungsrätinnen und Bildungsräten transparent, öffentlich einsehbar sind.

Wir haben aber Mühe mit der zweiten Forderung der parlamentarischen Initiative, nämlich dass man die Bildungsrätinnen und Bildungsräte direkt kontaktieren könnte, da es ja auch im Kantonsrat möglich ist, dass man seine Daten geschützt bei sich behalten kann. Es wäre dann aber sicher wichtig, dass man zum Beispiel über ein Generalsekretariat die Anliegen dem Bildungsrat direkt zustellen könnte. Also nochmals zum Wiederholen: Wir sind nicht gegen Transparenz, wir finden es wichtig, dass man die Interessenbindung zeigt, aber nicht in der vorliegenden Form der PI.

Daniel Heierli (Grüne, Zürich): Wenn Sie mir im vergangenen Jahr bei meinen Voten zu den Geschäftsberichten von Uni und Unispital zugehört haben, dann wissen Sie, dass Transparenz mir ein grosses Anliegen ist. Transparenz schafft Klarheit, Transparenz verhindert Gerüchte und Misstrauen. Ich finde, dass das auch für den Bildungsrat gilt. Der Bildungsrat ist ein Gremium aus Fachleuten. Dennoch ist es nicht bestreitbar, dass er häufig Geschäfte von grossem politischen Interesse behandelt. Deshalb ist es sinnvoll, dass Informationen über Interessenbindungen der Mitglieder öffentlich verfügbar sind. Solche Informationen können Regierungs- und Kantonsrat auch helfen, eine ausgewogene Zusammensetzung dieses Gremiums zu garantieren.

Der Text verdient noch einige Klärungen, aber dafür ist die Kommission ja da. Was heisst beispielsweise «Tätigkeiten in Gewerkschaften»? Aus meiner Sicht muss das heissen, dass Führungsaufgaben in Gewerkschaften deklariert werden müssen, eine einfache Mitgliedschaft jedoch nicht, so wie ein Baurekursrichter eine einfache Mitgliedschaft beim Hauseigentümerverband ja auch nicht deklariert. Wir wollen Transparenz, aber keine weiter gehenden Vorschriften als bei anderen kantonalen Institutionen.

Die Grünen werden diese PI vorläufig unterstützen.

Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen): Die Mitte wird diese PI auch unterstützen. Ich kann nur auf die Voten meiner Mitunterzeichnenden verweisen. Wir finden die Transparenz beim Bildungsrat sehr wichtig, insbesondere da er auch sehr weitreichende Entscheidungen fällen kann.

Ratspräsident Beat Habegger: Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 258/2025 stimmen 125 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Die Initiative ist vorläufig unterstützt.

Ratspräsident Beat Habegger: Die Geschäftsleitung wird die parlamentarische Initiative einer Kommission zu Bericht und Antrag zuweisen.

Das Geschäft ist für heute erledigt.

